Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 116 (1983)
Heft: 20

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Berner Schulblatt L'Ecole bernoise 20

Organ des Bernischen Lehrervereins
116. Jahrgang. Bern, 30. September 1983

Organe de la Société des enseignants bernois
116e année. Berne, 30 septembre 1983

Aufruf an unsere Mitglieder

Wir helfen sparen!

Der KV BLV stellt zu den soeben angelaufenen obligatorischen Einführungskursen in den neuen Lehrplan folgendes fest:

- **Er ist erstaunt, dass auf Einladungen zu den obigen Veranstaltungen eine Spesenvergütung ausdrücklich wegbedungen wird. Dieses Vorgehen missachtet geltendes Recht.** Artikel 15 des Dekrets über die Fortbildung der Lehrerschaft sagt: «Für obligatorische Kurse trägt der Staat die Kosten... und vergütet die Spesen der Teilnehmer.»
- **Der KV ist aber andererseits der Meinung, hier könne gespart werden.** Er schlägt seinen Mitgliedern vor
  - bei Beginn der Einführungskurse zum freiwilligen Verzicht auf die gesetzlich vorgeschriebenen Entschädigungen aufzurufen

    und
  - gleichzeitig via Inspektoren die ED einzuladen, die so eingesparten Gelder der freiwilligen Lehrerfortbildung gutzuschreiben.

Mit diesem Schritt bekundet die Lehrerschaft ihren Sparwillen. Er bedeutet aber keinesfalls einen generellen Verzicht auf die Leistungen gemäss Artikel 15.

Der Kantonalvorstand BLV

Umstrittene Lektionentafel

An einer stark besuchten Versammlung der Sektion Bolligen des Bernischen Primarlehrervereins wurde die neue Lektionentafel eingehend diskutiert. Aufgrund dieser Aussprache beschlossen die anwesenden Lehrerinnen und Lehrer, dem bernischen Erziehungsdirektor den folgenden Brief zu übermitteln:

Worblaufen, 23. August 1983

Sehr geehrter Herr Erziehungsdirektor,

an der Sektionsversammlung vom 17. 8. 83 hat eine beachtliche Zahl der Sektionsmitglieder die Lektionentafel besprochen und beschlossen, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu geben:

Wir stellen fest, dass die neue Lektionenordnung organisatorische Schwierigkeiten bringt und sich im pädagogischen Bereich negativ auswirkt.

Wir beanstanden die Informations- und Vernehmlassungspolitik der Erziehungsdirektion. Die Lehrpläne wurden in zweijähriger Arbeit von Kommissionen und Fachgruppen erarbeitet. Hatten diese 300 Mitarbeiter Einblick in die Ergebnisse der andern Fachgruppen und waren sie an der Ausarbeitung, Zusammensetzung und Gewichtung der Lektionentafel beteiligt?

Die Lektionentafel bewirkt eine Abwertung der Primarschule.

Durch die Verlagerung der Bildungsschwerpunkte im 8. und 9. Schuljahr (Abbau der Fächer Sprache, Rechnen, Geographie/Geschichte und Geometrisch-Technisches Zeichnen werden die Berufschancen generell eingeschränkt und für die Mädchen mit der Einführung des GTZ kaum verbessert. Die Berufswahlkriterien der Ausbilder werden sicher nicht geändert.

Die oft zitierte Aufwertung der Primarschule hat mit der neuen Lektionentafel nicht stattgefunden. Verschiedene Anliegen (z. B. Berufswahlkunde) kommen durch die Integration in verschiedene Fächer, die ihrerseits einen Lektionenabbau erfahren, nur ungenügend zum Zug.

Im weiteren: Was nützen Wahlfachangebote, wenn sie von willigen und befähigten Schülern wegen der Beschränkung auf zwei Wahlfächer nicht genutzt werden können?

Wir fordern:

- GTZ in der 8. Klasse ist ab 14 Schülern in Gruppen zu führen;
- GTZ wird für die 9. Klasse als fakultativer zusätzlicher Unterricht erklärt;
- die Schüler sollen die Möglichkeit erhalten, ungeachtet der absoluten Höchstlektionenzahl und der zufällig am Schulort gültigen Schulwochen, sechs zusätzliche Lektionen aus dem Angebot des fakultativen Unterrichtes belegen zu können.

Wir wenden uns gegen die Tendenz, immer mehr Teile des Lehrplanes (z. B. Hausaufgaben) mit Zahlen zu fixieren.

Eine gewisse Flexibilität ergibt sich in der Praxis. Zahlen können den verschiedenen Bedürfnissen und den Persönlichkeitsstrukturen nicht gerecht werden.

Inhalt – Sommaire

Aufruf an unsere Mitglieder 257
Umstrittene Lektionentafel 257
Marschhalt! 258
Koedukation heisst nicht Gleichmacherei! 258
Arbeit als menschenbildende Kraft 258
Kursausschreibung 258
Noch unentschlossen 258
Nouvelles du Centre de perfectionnement 259
Mitteilungen des Sekretariates 259
Communications du Secrétariat 262
In eigener Sache 264

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass unseren Forderungen und Anliegen gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird und verbleiben

mit vorzüglicher Hochachtung:
Die Sektion BPLV Bolligen
Der Präsident: Johann Rothenbühler, 3048 Worblaufen

Marschhalt!

Zum Thema «NEIN zur Lektionentafel» ist in den vergangenen Monaten sowohl in der bernischen Tagespresse als auch im Berner Schulblatt viel geschrieben worden.

Im ganzen Kanton finden die Orientierungsveranstaltungen zur Einführung des neuen Lehrplans statt. Sicher werden Missverständnisse aus dem Weg geschafft, organisatorische Probleme erkannt, besprochen und entsprechend der jeweiligen Schulsituation gelöst.

Der folgende Artikel aus der Feder des Präsidenten der Fachgruppe «Handarbeiten/Werken» sei deshalb ein vorläufiger Schluss in der Diskussion um die Lektionentafel.

Die Redaktion

* * *

Koedukation heisst nicht Gleichmacherei!

Noch weiter von Haus, Herd und Berufstätigkeit, von biologischen und anerzogenen Unterschieden von Frau und Mann zu reden, führt im Moment kaum zu Resultaten, mit denen alle einverstanden sein können.

Auch in unserer Familie herrscht (im Moment wenigstens) eine sehr traditionelle Rollenteilung, in unserer Gemeinde sind fast ausnahmslos die Männer berufstätig. Trotz dieser Tatsachen stehe ich voll und ganz für die Koedukation in der Schule ein. Sind Wesens- und Tätigkeitsunterschiede zwischen Mann und Frau derart absolut, dass wir schon in früher Kindheit mit einer systematischen Differenzierung beginnen müssen?

Es kann wohl kaum bestritten werden, dass es Ausnahmen gibt: eben untypische Frauen und Männer, Knaben, die gerne stricken und kochen, Mädchen, die Automechaniker werden wollen...

Richten wir nun aber Schulfächer für Knaben ein, sondern speziell frauliche Inhalte für Mädchen ab und zwingen alle zum geschlechtsentsprechenden Unterricht, so hat man allen Grund von Gleichmacherei zu reden!

Und noch etwas: weshalb wollen so viele nur in einigen wenigen Fächern konsequent sein? Sollten nicht Forderungen nach einer geschlechterspezifischen Mathematik, nach getrenntem Lebenskundeunterricht, nach Mädchen- und Knabensingen aufgestellt werden?

Die Tatsache, dass nach der neuen Stundentafel alle Kinder denselben Unterricht besuchen oder wenigstens unabhängig vom Geschlecht wählen können, hat mit Gleichmacherei überhaupt nichts zu tun. Ausdrücke wie «geschlechtsneutraler Unterricht» schiessen weit neben den sichtbaren Neuerungen vorbei:

- Der Schüler soll selbst erkannte Probleme formulieren, Lösungswege erarbeiten und Resultate überprüfen (LP Handarbeiten/Werken, Grobziel 9. Schuljahr).
- Der Schüler soll in der Lage sein, eine den individuellen Bedürfnissen entsprechende Ernährung zu planen, auszuwählen und zuzubereiten (LP Hauswirtschaft, Richtziele S. 1).
- Der Schüler soll ein individuell sportpraktisches Können entwickeln (...), dies betrifft den Begabten und den Unbegabten, den... (LP Turnen/Sport, Richtziele S. 1).
- Der Schüler soll in der Auseinandersetzung mit individuellen und geschlechterspezifischen Bedürfnissen und Verhaltensweisen Bereitschaft zu partnerschaftlichem Verhalten entwickeln (LP Handarbeiten/Werken, Richtziele S. 2).

Diese Reihe von Beispielen lässt sich beliebig fortsetzen und zeigt klar, wie weit der neue Lehrplan von Gleichmacherei entfernt ist. Es gibt bei unsern Schülern neben geschlechtlich bedingten noch viele andere Unterschiede. Andersartigkeiten bereichern jeden Unterricht, vorausgesetzt, wir Lehrer haben die Kraft, auf das einzelne Kind einzugehen.

Franz Müller, 3116 Kirchdorf

Arbeit als menschenbildende Kraft

Infolge eines Missverständnisses ist der Hinweis am Ende des obigen Artikels im BS Nr. 19 unklar. Richtig muss es heissen:

«Siehe auch Programm der Tagung, **Seite 57 der SLZ Nr. 19**»

Mit der Bitte um Entschuldigung: *Die Redaktion*

Kursausschreibung

Religionsunterricht – Lebenskunde für die Mittelstufe (18.6.5)

Reichenbach im Kandertal, 28. Oktober, 1., 4., 8. und 11. November 1983, 5mal 3 Stunden.

Anmeldungen bis 5. Oktober 1983 an Urs Gilgen, Kien, 3713 Reichenbach.

Noch unentschlossen

Das Kantonale Amt für Berufsberatung hat im Juni 1983 die Zukunftspläne der schulaustretenden Primar- und Sekundarschülerinnen und -schüler des französischsprachigen Kantonsteils erfragt.

Die getroffenen Lösungen verteilen sich wie folgt:

	in % Knaben	Mädchen
Lehre/Anlehre	55	32
Mittelschule	15	21
Zwischenlösung	22	37
Arbeitsstelle	3	2
unentschlossen / noch keine Lehrstelle	5	8

Von den über 1400 Schulaustretenden ist der Anteil der unentschlossenen Mädchen deutlich höher. *Am meisten Mühe bei der Berufswahl haben jugendliche Ausländer:* 12 %

suchen noch eine Lehrstelle oder sind unentschlossen, 6% treten eine Stelle ohne berufliches Ausbildungsziel an. Auffallend viele Austretende haben eine Zwischenlösung gefunden. Der klar höhere Anteil der Mädchen lässt sich zum Teil damit erklären, dass zahlreiche Ausbildungen erst im Alter von 17 oder 18 Jahren begonnen werden können (zum Beispiel Pflegeberufe).

Christian Jaberg

L'Ecole bernoise

Nouvelles du Centre de perfectionnement

Conception fondamentale du programme 1984

- Souci d'assurer une continuité et durabilité de l'action de perfectionnement et un équilibre entre le recyclage et la formation continue.
- Planification et coordination des cours préparés par les responsables des secteurs désignés, associations et institutions concernées.
- Nécessité de maintenir l'organisation de cours dans une enveloppe financière qui réponde aux besoins d'économies à réaliser tout en précisant que «l'inscription d'un cours dans le présent programme n'implique pas obligatoirement sa reconnaissance officielle et l'octroi ipso facto d'une subvention; suivant l'évolution budgétaire constatée et/ou le nombre d'inscriptions reçues, un cours peut en tout temps être reporté, voire annulé ou mis à la charge partielle ou intégrale des participants».
- Répartition des cours par niveau et/ou par degré d'enseignement.
- Tableau synoptique par matière.

La partie *Textes* du livret abordera les thèmes suivants:

A. Problème prioritaire

Recommandation de la Commission consultative pour le perfectionnement du corps enseignant de la Suisse romande et du Tessin.

1. Le perfectionnement dans le cadre du statut de l'enseignant.

B. Enquête – concertation

1. Récapitulation générale: quelques tableaux analytiques.
2. Un avis...

C. Présentations

1. Le Gymnase français (M.-P. Walliser).
2. L'Ecole professionnelle commerciale supérieure (P. Jeanneret).
3. La Librairie de l'Etat de Berne (F. Steulet).

D. La parole est donnée aux collaborateurs du Centre

1. Une source de documentation issue de séminaires: Flore d'excursions.

Le directeur: *W. Jeanneret*

Mitteilungen des Sekretariates

Aus den Verhandlungen des Kantonalvorstandes BLV

Sitzung vom Mittwoch, den 31. August 1983
Vorsitz: Ulrich Thomann

Einleitend durfte der Präsident erfreut feststellen, dass in der Dekretsvorlage über die Musikschulen an den Grossen Rat die wesentlichen Änderungsanträge des Bernischen Lehrervereins aus der Vernehmlassung enthalten sind.

Bestehende Hauptprobleme bleiben: Hohe zeitliche Belastung (Vollpensum von 36 bis 40 Wochenlektionen à 40 Minuten), mittel- und längerfristige Sicherheit der Pensen, soziale Sicherheit mangelhaft, Liquiditätsprobleme der Musikschulverbände.

Der BLV bleibt weiter im Gespräch mit der Vereinigung der Musikpädagogen.

Septembersession des Grossen Rates

Zu Beginn der Session trafen sich mit einer, krankheitsbedingten Ausnahme alle Lehrergrossräte mit Verantwortlichen des BLV zum traditionellen Arbeitsessen und bereiteten dort die Geschäfte betreffend Bildungswesen und Anstellungsverhältnisse der Lehrkräfte vor.

- Für den zweiten, vom BLV massgebend mitgestalteten Entwurf für ein kantonales Kindergartengesetz, bestehen relativ gute Erfolgsaussichten. Umstritten sind gemäss Stellungnahmen der Parteien:
  - Die Abstützung der Erziehung auf christliche Werte geht den einen zu weit, für andere ist die Formulierung zu wenig verpflichtend.
  - Zur staatlichen Schulaufsicht, respektive Beratung, liegen unterschiedliche Anträge vor. Die vorberatende Grossratskommission spricht sich dafür aus, dass die Kindergärten weiterhin durch Primarschulinspektor(in) beaufsichtigt werden. Deren fachliche Beratung sollen höchstens sechs nebenamtlich tätige Expertinnen übernehmen. Der Regierungsrat zieht die heutige Regelung (ohne Expertinnen) vor.
- Zur Motion Boehlen, welche den Regierungsrat auffordert, die Besoldungen der Kindergärtnerinnen und der Lehrerinnen an Kindergartenseminaren ihren Aufgaben und Leistungen sowie ihrer Verantwortung entsprechend anzupassen (siehe Berner Schulblatt Nr. 12, Seite 186), liegt die Stellungnahme der Erziehungsdirektion vor. Sie beantragt, nicht auf die Begehren einzutreten. Sie begründet ihre Ablehnung zum ersten Teil der Forderung damit, dass die Verlängerung der Kindergärtnerinnenausbildung im revidierten Besoldungsgesetz bereits berücksichtigt sei und der Einbezug der Kindergärtnerinnenbesoldung in die kantonale Besoldungsordnung den Kindergärtnerinnen wesentliche und ausreichende Verbesserungen gebracht habe.

  Die geforderte Anhebung der Besoldung von Kindergärtnerinnen an Seminaren soll nach Meinung der ED durch die anlaufenden Ausbildungsverbesserungen/Ergänzungsausbildungen mit anschliessender Höhereinstufung als Fachlehrerinnen erreicht werden.

Dann widmeten sie sich den

Einseitige(n) Sparmassnahmen des Regierungsrates

Mit ihrer geschlossenen Präsenz und dem Entscheid, eine Extrasitzung zur Beratung von Gegenmassnahmen einzuberufen, dokumentierten die Anwesenden den festen Willen, die vor allem die Lehrerfortbildung hart treffenden Einschränkungen nicht widerstandslos hinzunehmen.

Lehrergrossräte und Kantonalvorstand fühlen sich durch verschiedene Aktionen von Sektionen und Stufenorganisationen des BLV zum entschlossenen Vorgehen verpflichtet.

Der Fall der beantragten Klasseneröffnung der Sekundarschule Urtenen/Moosseedorf dokumentiert eindrücklich die Haltung der Erziehungsdirektion in dieser Frage. Der Kantonalvorstand appelliert an alle örtlichen Schulbehörden, Klassenschliessungen nicht leichthin in Kauf zu nehmen und dem Umstand, dass die Geburtenzahlen mittelfristig eher wieder ansteigen, Rechnung zu tragen. Seine Mitglieder ruft er auf, bestimmt und entschlossen, aber im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, gegen ungerechtfertigte Klassenschliessungen anzukämpfen und frühzeitig Verhandlungen mit Behördevertretern aufzunehmen, um nicht überrumpelt zu werden.

Lehrplanrevision/neue Lektionentafel

Zentralsekretär Baumberger orientierte über das Besprechungsergebnis mit Vertretern der Erziehungsdirektion (siehe Bericht im Berner Schulblatt Nr. 19 vom 16. September 1983).

Der Lehrerverein liess auf Antrag einer Sektion durch seinen Rechtsvertreter folgendes abklären:

- Hat die Erziehungsdirektion mit dem Einführen des Hauswirtschaftsobligatoriums für Knaben den durch die Botschaft zur Revision des Primar- und Mittelschulgesetzes umschriebenen Rahmen durchbrochen?
- Kann gegen die mit 1. September 1983 datierte Verfügung der Erziehungsdirektion betreffend Gültigkeit und Inkraftsetzung Rekurs erhoben werden?

Die erste Frage ist klar zu verneinen. Die Hauptpunkte sind:

• Die Erziehungsdirektion ist seit jeher mit dem Erlass der Lehrpläne beauftragt und stützt sich dabei auf eine gesetzliche Grundlage.

• Das Obligatorium steht nicht im Widerspruch zu den einschlägigen Gesetzesbestimmungen, zumal es auch klar in Richtung der 1981 angenommenen Partialrevision von Art. 4 der Bundesverfassung hinzielt.

Sollten hinsichtlich Verfügungsrecht der Erziehungsdirektion rechtliche Zweifel bestehen, so wäre die Anfechtung durch Eltern eher legitimiert als Beschwerden einzelner Lehrer oder deren Organisationen. Der Kantonalvorstand sieht keinen stichhaltigen Grund (Terminschwierigkeiten, Verfahrensmängel, Widerspruch zur Abstimmungsbotschaft, usw.), mit welchem sich eine staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht rechtfertigen liesse. Die kantonale Rechtssprechung kennt keine sogenannte «abstrakte Normenkontrolle», durch die Gesetzeserlasse auf ihre Verfassungsmässigkeit überprüft werden können. In diesem Zusammenhang muss auch klargestellt werden, dass die Lektionentafel das Anstellungsverhältnis der Lehrer nicht verändert. Schon bisher gab es kein Recht auf bezahlte Zusatzlektionen oder darauf, sämtliche Lektionen des Pflichtenpensums an der eigenen Klasse erteilen zu können. Nach wie vor gelten für die Rechte und Pflichten der Lehrer die Ausschreibung der Lehrstelle und die Erlasse des Staates und der Gemeinde.

Auch aus diesen Überlegungen heraus ist nicht mit einer Besitzstanderklärung der Erziehungsdirektion für amtierende Lehrkräfte zu rechnen.

In Konsequenz dieser Erwägungen musste ein Rechtshilfegesuch eines Schulvorstehers abgelehnt und vom Rekurs abgeraten werden. Zwecks Bewältigung der mit der Einführung der neuen Lektionentafel anfallenden administrativen Zusatzarbeiten stellte er ein Gesuch an die Erziehungsdirektion für bezahlten Urlaub während eines Quartals. Diese bewilligte den Urlaub nur in unbezahlter Form.

Wahlfachausweise

Nachdem die Erziehungsdirektion auf die erste Wiedererwägung des BLV nicht eingetreten ist (siehe Berner Schulblatt Nr. 11 Seiten 162 f), bat der Kantonalvorstand in Befolgung des klaren Auftrages der Abgeordnetenversammlung den Zentralsekretär, das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit zu planen. Das Konzept, in Form eines Arbeitspapiers, wurde nun genehmigt und folgende Abwicklung beschlossen: Der BLV wird zuerst auf schriftlichem Weg an die ED gelangen, deren Antwort kritisieren, sein Begehren begründen, die Aufhebung der stossenden Punkte im Regierungsratsbeschluss vom 4. Juni 1975 verlangen und um eine Aussprache ersuchen. Sollte die ED nicht einlenken, müsste der politische Weg über den Grossrat beschritten werden.

In der Zwischenzeit ist Zentralsekretär Baumberger eingeladen worden, anlässlich einer Konferenz der Seminardirektoren mit Vertretern der Erziehungsdirektion, das Problem darzustellen. Auch ist eine interne Arbeitsgruppe der ED mit der Bearbeitung des Problems betraut worden.

Individuelle Pensenreduktion

Eine Sektion aus dem Berner Jura forderte den Kantonalvorstand in einem Brief auf, sich für eine freiere Wahl von individuell variablen Pensen einzusetzen.

Angesichts der Tragweite, der Diskussion über dasselbe Thema in Privatwirtschaft und in anderen Bereichen des Staates, beschloss der Kantonalvorstand, mit dem Problem in einer Umfrage an die Stufenorganisationen und Sektionen des BLV zu gelangen.

Allgemeine Anstellungsbedingungen

Zur Verbesserung der speziellen Anstellungsbedingungen der Arbeits- und Haushaltungslehrerinnen lag eine Eingabe des Kantonalen Verbandes Bernischer Arbeitslehrerinnen vor.

Die in jedem Amtlichen Schulblatt vor den Stellenausschreibungen veröffentlichten Bedingungen schränken in Punkt 3 und 4 die Sicherheit der Pensen der erwähnten Fachlehrerinnen empfindlich ein. Auch der Umstand, dass eine Fachlehrerin bereits dann definitiv gewählt werden kann, wenn sie nur an einer Klasse unterrichtet und damit sozial bessergestellt ist, gilt wenig, wenn die Lektionenzahl nicht garantiert ist und man Klassen jederzeit verlieren kann.

Der Bernische Lehrerverein befürwortet gleichartige Anstellungsbedingungen für alle Lehrerkategorien; die rechtsungleiche Behandlung der Arbeits- und Haus-

haltungslehrerinnen lässt sich heute nicht mehr verantworten.

Der Kantonalvorstand beschloss eine Eingabe an die ED in diesem Sinne, worin auch wieder angeregt wird, die stossenden Bestimmungen betreffend die Mitwirkung der Lehrer an Fürsorgeeinrichtungen fallen zu lassen. Daneben soll die Bestimmung über die automatische Verpflichtung von Primarlehrerinnen als Arbeitslehrerin der eigenen Klasse den heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Stellungnahmen

- Der Kantonalvorstand stimmte dem durch eine Vernehmlassungsgruppe verfassten Entwurf zum Bericht der Arbeitsgruppe *«Überprüfung der Arbeitslehrerinnenausbildung»* zu. Der BLV stellte sich geschlossen hinter die Verlängerung der Ausbildung auf vier Jahre. Bezüglich Erweiterung der Unterrichtsberechtigung schloss er sich den Anträgen der Arbeitsgruppe an, welche die Ausweitung auf die Fächer Hauswirtschaft und Volkswirtschaft oder Naturkunde (damit identisch mit der Unterrichtsberechtigung der Haushaltungslehrerin) ablehnt und die auf das Fach Zeichnen/Gestalten befürwortet.

  Damit soll die Alternative zur Ausbildung als Haushaltungslehrerin bestehen bleiben.

- Ebenfalls verabschiedet wurde die Stellungnahme zum *Konzept Ergänzungsausbildung Handarbeiten/Werken.* Darin setzt sich der BLV zur Wehr, dass die Unterrichtsberechtigung in einem zum obligatorischen Fächerkanon gehörenden Fach nur durch einen zusätzlichen Ausweis gewährt werden soll. Der BLV sieht die Notwendigkeit einer ergänzenden Ausbildung infolge des neuen Fachverständnisses ein. Er verlangt aber, dass diese individuell anzupassen sei, wobei die Unterrichtserfahrung mindestens so stark gewichtet werden soll wie bisher erworbene Ausweise. Zudem soll die Ergänzungsausbildung grundsätzlich während der Unterrichtszeit stattfinden, also mit Unterrichtsfreistellung und bezahlter Stellvertretung. Er bekämpft auch die Tendenzen einer zu starken «Intellektualisierung», Oberflächlichkeit und Förderung der Wegwerfmentalität. Er zeigt sich enttäuscht darüber, dass es die Erziehungsdirektion verpasst hat, die zur Realisierung der neuen Lektionentafel/Lehrpläne dringend notwendigen Mittel auszuweisen und zu verlangen. Denn nebst Handarbeiten/Werken müssen die Lehrkräfte offenbar auch in anderen Fachbereichen die Unterrichtsbefähigung in obligatorischen Kursen nachholen, deren Kosten via Lehrerfortbildungsbudget bestritten werden sollen. Dadurch und kumulierend durch die einseitigen Sparmassnahmen der Regierung, erleidet die freiwillige Lehrerfortbildung übermässige Einschränkungen, gegen die sich der BLV mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzen wird. In seiner Stellungnahme fordert der BLV die ED auf, die finanziellen Mittel nachträglich bereitzustellen.

  Er verlangt auch, dass die ED die Gemeinden über den künftigen Raum- und Einrichtungsbedarf und dessen finanziellen Folgen frühzeitig informiert, die notwendige Infrastruktur mit einer entgegenkommenden Subventionspraxis begünstigt und durchsetzt und in der zugesicherten fünfjährigen Übergangsphase den Schulen, Lehrern und Gemeinden entgegenkommen und beistehen wird.

- Über den *Entwurf der ED zum Vortrag und Grossratsbeschluss betreffend die Einrichtung einer Institution für Sonderpädagogik (Heilpädagogisches Seminar) für den deutschsprachigen Teil des Kantons Bern* wurde Grundsätzliches diskutiert und dann das Sekretariat mit dem Entwerfen einer Stellungnahme für die Septembersitzung beauftragt.

- Dann unterstützte der Kantonalvorstand in Wahrnehmung seines Mitbestimmungsrechts den Antrag des Regierungsrates, *«die Krankenkasse für den Kanton Bern KKB» als federführende Gesellschaft für die neue Unfallversicherung der Lehrer* zu bezeichnen (siehe Berner Schulblatt Nr. 18, Seite 244).

Haftpflichtversicherung

In letzter Zeit häuften sich Begehren von Mitgliedern um Leistungen der Berufshaftpflichtversicherung des BLV aus Gelddiebstählen in Schulhäusern. Deshalb liess der BLV bei seinem Rechtsberater und bei der Nationalversicherung die Haftung der Lehrer in solchen Fällen abklären. Die konnten keine generelle Antwort erteilen:

- Wird *ein Lehrer in Ausübung seiner amtlichen Verrichtung* (zum Beispiel Schulreisegeld der Gemeinde und der Schüler, Einziehen von Versicherungsprämien usw.) bestohlen, ist *grundsätzlich die Gemeinde haftbar.* Dieser steht bei Vorsätzlichkeit oder grobfahrlässiger Verletzung der Amtspflicht das Regressrecht gegenüber der Lehrkraft zu.
- Entsteht *Geldschaden beim Lehrer bei Gelegenheit seines Dienstes* (zum Beispiel Geldsammlungen für ausserschulische Anlässe, Geburtstagsgeschenke, Fotos usw.), *haftet der Lehrer* sowohl gegenüber der Gemeinde wie auch gegenüber Dritten gemäss Privatrecht.

Die Nationalversicherung offerierte die Abdeckung solcher Schäden als Nachtrag der bestehenden Police für 1 Franken pro Jahr und Mitglied. Der Kantonalvorstand trat nach finanzieller Abwägung und aus grundsätzlichen Erwägungen nicht auf das Angebot ein.

Nationalratswahlen vom 21. bis 23. Oktober 1983

Gemäss bisheriger Gepflogenheit werden alle Mitglieder des BLV entweder via Berner Schulblatt oder durch persönliche Anschrift mit der Wahlempfehlung des BLV und der Vereinigung Berner Angestelltenverbände (VBA) bedient.

Der Kantonalvorstand genehmigte Konzept sowie Text, wobei er ausdrücklich bedauerte, dass die VBA keine Frau zur Wahl empfiehlt, und beauftragte das Sekretariat mit der Abwicklung des Geschäftes.

Weitere Geschäfte

Der Kantonalvorstand

- *nahm Kenntnis*
  - vom Ergebnis der üblichen Besprechung zwischen dem Kurssekretär BLV und dem Leiter der Zentralstelle für Lehrerfortbildung;
  - von einer Mitglieder-Werbeaktion der Verantwortlichen des Schweizerischen Lehrervereins und deren geringen Erfolg;
  - von der Publikation «Lehrerbildung Sekundarstufe I», welche künftige Projekte mitbeeinflussen könnte, verfasst im Auftrag der EDK.

– *wählte*
  - den französischsprachigen Adjunkten BLV, Yves Monnin, in eine neugeschaffene Arbeitsgruppe zur Überwachung des Lehrstellenmarktes und forderte die ED auf, als Vertreter der direktbetroffenen Stufenorganisationen, Hans Weber, Lehrer am Untergymnasium Bern, zugleich im Vorstand des BMV, Einsitz nehmen zu lassen;
  - Bernhard Thomann, Primarlehrer Bern, als Vertreter des BLV in die Projektgruppe Lehrerbildung der Lehrerorganisationen der Nordwestschweiz (LONOWE).

– *genehmigte*
  - die Statuten des Gewerbelehrervereins des Kantons Bern und die aller französischsprachigen BLV-Sektionen;
  - den Bericht über die Abgeordnetenversammlung vom 1. Juni 1983 zuhanden der nächsten AV als Protokoll;
  - die durch die Einführung der EDV verursachten Folgearbeiten und Kosten im Sekretariat.

– *übernahm das Defizit* von Fr. 5788.20, verursacht durch einen Sprachaufenthalt Stellenloser bei Kollegen im Berner Jura, in den Fonds für Stellenlose.

– *gewährte Rechtsschutz* in zwei zusätzlichen Fällen.

– *beschloss* angesichts mangelnder akuter Geschäfte, auf eine ausserordentliche Abgeordnetenversammlung im November 1983 zu verzichten.

– und *wählte Michael Köhli*, bisheriger Teilzeitangestellter im Sekretariat BLV, *zum deutschsprachigen Adjunkten* ad interim für die Dauer vom 1. Oktober 1983 bis 30. September 1984.

  Diese Wahl wurde nötig durch die Demission des Schreibenden in dieser Funktion. Nach einem Jahr in allen Teilen bereichernder Arbeit im Dienst des BLV, kehre ich in die Lehrtätigkeit zurück. Ich nehme die Gelegenheit wahr, vorab den leitenden Organen, dem Zentralsekretär und dem Sekretariatspersonal, aber auch Ihnen, liebe BLV-Mitglieder, für das Vertrauen, für die gute Zusammenarbeit und für die Unterstützung herzlich zu danken, alle zu solidarischem Denken und Handeln innerhalb des Vereins und im Interesse der bernischen Schule aufzurufen und für die Zukunft alles Gute zu wünschen.

Sekretariat BLV: *Werner Zaugg*

Communications du Secrétariat

Rencontre avec la Direction de l'instruction publique

Lundi 22 août 1983, 14 h. à 16 h. 10

Participants

De la DIP: M. Henri-Louis Favre, directeur de l'Instruction publique, ainsi que MM. Hans Ulrich Bratschi, Roland Müller, Hanspeter Riesen et Rolf Seiler. Urs Kramer, chef du Service de l'enseignement, s'était fait excuser, retenu par une période de service militaire.

De la SEB: Mme Trudi Müller, ainsi que MM. Arthur Reber, Armin Schütz, Ulrich Thomann, Hansruedi Tröhler et Moritz Baumberger. Andreas Gerber, président de la Société bernoise des maîtres aux écoles moyennes, s'était fait excuser pour cause de maladie.

Après les salutations d'usage présentées par les chefs des deux délégations, les participants abordèrent les quatre thèmes proposés par la SEB.

1. Gratuité de l'enseignement

A la suite de la rencontre de mai et sur proposition de la SBMEM, le Comité cantonal de la SEB avait décidé, dans sa séance de juin, de proposer à la Direction de l'instruction publique la modification des directives sur la gratuité de l'enseignement. En l'absence d'Andreas Gerber, ce fut *Moritz Baumberger, secrétaire central*, qui présenta les revendications de la SEB.

La SEB n'aimerait pas malmener le principe de la gratuité fixé dans la Constitution; elle n'aimerait pas non plus, par une application trop stricte des directives, mettre en danger des institutions valables pour l'école ou rendre leur activité plus difficile. Elle souhaite, en particulier, que soient remplacées les valeurs strictes recommandées par une description plus réaliste des contributions possibles qu'on peut exiger des parents dans le sens d'une «franchise» et par une marge d'appréciation plus large des parents directement concernés, des autorités scolaires et des enseignants. La SEB souhaite pouvoir participer à la formulation des nouvelles dispositions.

Hans Ulrich Bratschi rappela le mandat clair donné par le Grand Conseil lors de la discussion de la motion Schläppi. Des représentants des parents et des autorités se sont prononcés positivement sur les directives de la DIP qui facilitent l'élaboration des budgets. Un réexamen des prescriptions publiées dans la «Feuille officielle scolaire» est certe possible, mais pas pour le printemps 1984. Il s'agit de faire tout d'abord des expériences réelles. La phrase de la DIP *«Il appartient à la Commission d'école, primaire ou secondaire, compte tenu des conditions locales, de décider dans quelle mesure les frais spéciaux, tels que les dépenses pour les remontées mécaniques, peuvent être mis à la charge des parents»* offre aux organes directement concernés une marge de manœuvre suffisante pour qu'il soit possible de tenir compte de conditions particulières. L'important est qu'ils se mettent simplement d'accord, lors d'une soirée de parents, par exemple.

Roland Müller insista sur le fait que seules des limites clairement formulées permettaient une jurisprudence précise. Il ajouta que les abus qui se produisaient toujours ne seraient pas éliminés par d'autres prescriptions, que des contributions des parents étaient possibles pour des prestations supplémentaires et que des activités particulières des élèves permettaient de développer leur sentiment de participation.

Ulrich Thomann déclara que les difficultés se présentaient précisément quand des groupes de parents, des autorités et des écoles partageaient des avis différents.

M. Favre, directeur de l'Instruction publique, rappela les longues discussions qui avaient en lieu entre la DIP et la Direction des écoles de la ville de Berne. Il ajouta que sa longue expérience de l'école lui permettait de bien connaître les problèmes exposés et qu'il était prêt, après une période d'essai convenable, à faire réexaminer les directives.

2. Révision des plans d'études

Ulrich Thomann présenta les nombreuses réactions suscitées dans le corps enseignant par les nouveaux plans d'études: enthousiasme et rejet catégorique, confusion et crainte pour les emplois. Il étaya son exposé par diverses citations de passages de lettres adressées à la SEB. Il montra, en particulier, que la Direction de l'instruction publique elle-même laissait à plusieurs reprises planer l'incertitude dans son rapport sur l'engagement des maîtresses d'ouvrages. Il ajouta qu'il s'agissait de lever aussi vite que possible les incertitudes et d'empêcher qu'il n'y ait affrontement pour les emplois entre les différentes catégories d'enseignants.

Le secrétaire central de la SEB, Moritz Baumberger, remercia la Direction de l'instruction publique du fait que les nouveaux plans d'études avaient été livrés assez tôt, ce qui donnait la possibilité aux enseignants de discuter objectivement des nouveautés et de planifier l'organisation de l'enseignement pour le printemps 1984. Il sera encore possible de prendre des mesures pour maîtriser les problèmes qui pourraient se poser. Les questions qui provoquent des discussions dans le corps enseignant sont surtout de nature financière et de politique sociale:

- La Direction de l'instruction publique a-t-elle transgressé le cadre défini par le message lors de la révision de la loi scolaire en déclarant obligatoire pour les garçons l'enseignement de l'économie familiale?
- Certains groupes d'enseignants verront-ils leur horaire réduit et par le fait même perdront-ils une partie de leur salaire avec les nouvelles grilles horaires?

Les organes directeurs de la SEB ne pensent pas qu'on peut répondre affirmativement à la première question. Ils feront toutefois examiner ce point par le juriste de la SEB.

L'importance de la deuxième question peut se mesurer aux faits suivants:

- Une leçon hebdomadaire en plus ou en moins représente quelque 15 millions de francs de plus ou de moins en traitements.
- Elle représente pour certains 1800 à 3000 francs de perte, voire même jusqu'à 10000 francs si la perte d'une heure entraîne aussi la perte de l'allégement pour raison d'âge.
- La possibilité prévue par les autorités de compléter l'horaire par un enseignement à option peut, en raison de l'obligation de présenter un certificat pour l'enseignement de ces branches, conduire à une réduction de traitement de 10% pour les enseignants primaires.

Les tentatives de certaines écoles de clarifier la situation pour la prochaine année scolaire ont montré, sur la base des faits connus jusqu'à présent, qu'il fallait calculer avec une perte sensible du nombre des leçons.

La SEB fait les propositions suivantes:

- des mesures qui empêchent que les nouvelles grilles horaires n'entraînent une perte de leçons;
- le réexamen des directives fixant les effectifs par classe, en particulier dans les domaines de l'enseignement spécialisé;
- la suppression de l'obligation d'acquérir un certificat pour l'enseignement des branches à option;
- un allégement pour raison d'âge proportionnel à leur horaire pour les enseignants à temps partiel;
- une marge d'adaptation suffisante dans le temps et dans la conception ainsi que la disponibilité de la DIP à revoir les plans d'études sur la base des expériences qui auront été faites.

Le directeur de l'Instruction publique donna l'assurance que la révision des plans d'études n'avait pas pour but de réaliser des économies et qu'elle n'entraînerait pas la perte d'emplois. Les enseignants peuvent aborder les différents problèmes lors des séances d'information qui auront lieu en septembre avec les inspecteurs. La Direction de l'instruction publique examinera au besoin avec eux les problèmes qui surgiraient.

Hans Ulrich Bratschi et *Hanspeter Riesen* firent preuve de compréhension pour les préoccupations des enseignants, mais invitèrent à ne pas dramatiser la situation. Lors des précédentes révisions, les nouveaux plans d'études n'ont été connus que très tard (plus tard qu'actuellement). A fin septembre et en octobre, la Direction de l'instruction publique édictera de nouvelles directives, en particulier dans le domaine des TA/TM et sur les effectifs par classe. Actuellement, il s'agit d'examiner calmement les nouvelles conditions, d'établir des modèles d'horaires, de discuter au besoin les problèmes avec les commissions et les inspecteurs/trices compétents et de rechercher des solutions. Les dispositions prévues permettent une souplesse suffisamment grande.

La «situation acquise» ne peut pas être garantie dans les conditions d'engagement en vigueur, elle devrait faire partie des dispositions sur les traitements. Les directives sur les effectifs par classe décidées en 1978 en accord avec la SEB ont fait leurs preuves. On peut le voir par les conditions généralement favorables dans le canton de Berne et, entre autres, par le fait que sur les 67 fermetures de classes du printemps dernier il n'y a eu que deux recours au Conseil exécutif. On adaptera certaines dispositions en fonction des nouveaux plans d'études, par exemple dans les disciplines «géométrie/dessin technique» et «TA/TM».

La Direction de l'instruction publique examine actuellement le problème des certificats pour l'enseignement des branches à option dans les écoles primaires. Il est évident que les nouveaux plans d'études des écoles normales ne peuvent pas être alourdis encore par un enseignement supplémentaire permettant l'acquisition des certificats nécessaires pour les branches à option.

Comme la SEB en a déja été informée, la Direction de l'instruction publique est disposée à proposer à la Direction des finances un allégement proportionnel pour raison d'âge, sans qu'il soit toutefois possible de donner encore quatre leçons supplémentaires payées après 50 ans.

En ce qui concerne les marges d'adaptation, les décisions de la DIP seront publiées en complément aux plans d'études. Mandat a déjà été donné d'évaluer les nouveaux plans d'études. Leur publication sous forme de feuilles volantes montre bien la disponibilité de la DIP de réexaminer certaines parties sur la base des expériences qui auront été faites.

Les représentants de la SEB rétorquèrent qu'on ne pourrait établir des modèles de plans d'études que lorsque les conditions-cadres seraient connues et que les effectifs de certaines classes, en particulier durant les premières années des écoles moyennes, étaient encore trop grands. Ils ajoutèrent que des difficultés d'organisation ne permettraient pas d'utiliser toutes les possibilités pour l'enseignement facultatif. Ils dirent leur crainte de voir

certains problèmes d'engagement et d'organisation risquer de jeter le discrédit sur les innovations valables des plans d'études.

Les deux délégations affirmèrent leur volonté d'œuvrer à une application raisonnable des nouveaux plans d'études qui, en eux-mêmes, sont très prometteurs.

3. Allégement et indemnisation des directeurs d'écoles

Le directeur de l'Instruction publique, M. Henri-Louis Favre, précisa d'entrée que la Direction des finances ne voulait pas entrer en matière sur les réelles améliorations proposées par la SEB à ce sujet. Il ajouta que le renchérissement serait régulièrement compensé comme pour les autres composantes des traitements.

Hansruedi Tröhler, à la suite de la prise de position de la DIP sur la requête de la SEB, demanda ce qu'il en était réellement des critiques de l'Office du personnel au sujet des leçons supplémentaires des directeurs et quelle était l'attitude de la Direction de l'instruction publique face à l'évaluation des emplois recommandée par la Direction de l'économie publique.

Rolf Seiler répondit que tous les horaires du semestre d'été 1981 avaient été examinés par l'Office du personnel en ce qui concerne les leçons supplémentaires des directeurs. Il en est ressorti que 40 % des leçons d'allégement octroyées ne servent pas au but prévu et 352 des 435 enseignants titulaires de fonctions enseignent en moyenne deux leçons supplémentaires par semaine. Une enquête de la DIP a révélé que, le 1er avril 1982, 75 enseignants de plus de 50 ans dans les écoles primaires et 44 dans les écoles secondaires avaient droit à des leçons d'allégement pour leur collaboration à la direction de l'école. Sur ceux-ci, 7, respectivement 13 profitaient effectivement de l'allégement pour raison d'âge, 28, respectivement 25 se faisaient payer une à deux leçons supplémentaires, 37, respectivement 6 se faisaient payer trois à quatre leçons supplémentaires. Trois directeurs d'écoles avaient un horaire incomplet.

L'évaluation des emplois a été discutée par la Direction de l'instruction publique. Son utilité est contestée.

Hans Ulrich Bratschi ajouta que tous les enseignants avaient l'obligation de collaborer aux charges générales de l'école, que les revendications de la SEB avaient été jugées comme exagérées, qu'elles coûteraient très cher et qu'elles n'avaient pratiquement aucune chance dans le contexte des mesures d'économies actuelles.

Les représentants de la SEB relevèrent encore les différences injustifiées entre les traitements des directeurs des écoles primaires et ceux des écoles secondaires et les graduations inutilement grandes pour les indemnisations et les leçons d'allégement en ce qui concerne le nombre de classes. Dans le cadre des tentatives d'harmonisation actuelles, les injustices nées de l'histoire devraient être éliminées. Ne devraient subsister que les différences objectivement justifiées.

Le directeur de l'Instruction publique releva encore une fois les conditions défavorables pour des innovations coûteuses et donna l'assurance que les revendications de la SEB seraient encore examinées.

4. Matières pour le passage école secondaire–gymnase

Se référant à un échange de lettres entre la Direction de l'instruction publique et la Conférence des recteurs, *Arthur Reber* demanda que l'Administration permette aux enseignants concernés d'être représentés équitablement lors du réexamen des matières d'examen et de passage au gymnase. Ce serait possible en réanimant la commission de passage actuelle.

Les représentants de la DIP dirent qu'aucune décision n'avait encore été prise et donnèrent l'assurance d'une participation équitable des enseignants concernés. Le président de la SBPG se déclara satisfait de ce renseignement.

Après des remerciements réciproques pour cette discussion ouverte et objective, la date de la prochaine rencontre fut fixée au 28 novembre 1983.

Le présent rapport a été soumis à l'approbation des participants avant sa publication dans l'«Ecole bernoise».

Secrétariat de la SEB: *Moritz Baumberger*
Adaptation française: *Yves Monnin*

In eigener Sache

Erscheinungsdaten des Berner Schulblatts bis Ende 1983:

Nr. 21 14. Oktober
Nr. 22 28. Oktober
Nr. 23 11. November
Nr. 24 25. November
Nr. 25 9. Dezember
Nr. 26 23. Dezember

Redaktionsschluss: Dienstag mittag der **Vorwoche.**

Die Einsender sind gebeten, für die Auszahlung allfälliger Zeilenhonorare die nötigen Angaben (PC-Konto, eventuell Nummer des Bankkontos) beizulegen.

Die Redaktion

Redaktion: Christian Jaberg, Postfach 53, 3032 Hinterkappelen, Telefon 031 36 06 75.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Yves Monnin, secrétaire adjoint SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

AZ 3000 Bern 1

Druck und Spedition Eicher+Co. 1342–3001 Bern